

Wilsdruffer Tageblatt

Sprechsprecher Wilsdruff Nr. 6

Wochenblatt für Wilsdruff und Umgegend

Postfachkonto Leipzig 28614

Offener Markt mit Ausnahme der Sonntage und Festtage nachmittags 5 Uhr für den folgenden Tag. Besondere bei Beschaffung monatlich 4 Mal, durch unsere Verkäufer zugetragen in der Stadt monatlich 4 bis 10 Mal, auf dem Lande 4 bis 10 Mal, durch die Post täglich 12 Mal, ohne Befreiungsgeld. Alle Postanfragen und Bestellungen sowie unsere Anzeigen und Geschäftsbriefe nehmen jederzeit Bestellungen entgegen. Im Falle höherer Steuern, Krieg oder sonstiger Verhältnisse behalten wir uns das Recht vor, die Lieferung der Zeitung oder Abgabe des Besonderen zu ändern.



Vertriebspreis 20 Pf. für die gewöhnliche Ausgabe oder deren Name, Leihpreis 20 Pf. Nummer 2 Pf. Bei Wiederholung und Jahresauftrag entsprechende Preisermäßigung. Definitivbestellungen im nächsten Teil (mit dem Ziel) die 2. Ausgabe des Monats 2.50 Pf. Nachbestellungen des Monats 30 Pf. Nachbestellungen des Monats 30 Pf. für die Ausgabe der durch unsere Mitarbeiter angelegten überlassen wir keine Garantie. Jeder Abonnent erhält, wenn der Betrag durch Post eingezogen werden muß oder der Auftraggeber in Kontant gez.

Erscheint seit dem Jahre 1841

Dieses Blatt enthält die amtlichen Bekanntmachungen der Amtshauptmannschaft Meißen, des Amtsgerichts Wilsdruff, des Stadtrats zu Wilsdruff, des Forstrentamts Tharandt. Verleger und Drucker: Arthur Zschunke in Wilsdruff. Verantwortlicher Schriftleiter: Hermann Köpfig, für den Inseratenteil: Arthur Zschunke, beide in Wilsdruff.

Nr. 271.

Dienstag den 23. November 1920.

79. Jahrgang.

Amtlicher Teil.

Allgemeine Ortskrankenkasse Wilsdruff-Stadt.

Montag den 29. November 1920 abends 7 Uhr im Sitzungssaal des Rathauses

ordentliche Ausschusssitzung.

Tagesordnung: 1. Festlegung des Voranschlags für 1921.
2. Wahl des Rechnungsausschusses.

3. Satzungsänderung.
4. Verschiedenes.

Wilsdruff, am 22. November 1920.

Paul Neumann, Vorsitzender.

Brennholz

in der Ortskohlenstelle.

(harte Holzstücke) kommt in den nächsten Tagen. Zentner 8,50 M., zum Verkauf. — Anmeldungen zum Bezuge am 24. u. 25. d. M.

Kleine Zeitung für eilige Leser.

- Die Reichsregierung hat an den Völkerbund einen Protest gegen die Mandatsverteilung der früheren deutschen Kolonien gerichtet.
- Die angeforderte Schlichtungsordnung soll dem Reichstag im Januar zugehen.
- Das Reichsgericht hat Sachsen, Hamburg und Bremen zur Wiedereinführung des Religionsunterrichts verurteilt.
- Im Befinden des erkranktenormaligen deutschen Kaisers ist eine leichte Besserung eingetreten.
- In Italien ist den Frauen das Gemeinbewahrecht verweigert worden.
- Die amerikanische Regierung lehnt die Anerkennung von Mexiko ab.
- Die Königin-Mutter Olga hat die Regentschaft in Griechenland übernommen.

Ohnmacht!

Die Weltordnung, die in Genf verjammert und, zeigen sich groß und mächtig in einer Eigenschaft, in der heutige leider auch außerhalb ihrer Reihen das erste Mal geistert wird: im Nieden. Es werden langatmige, einbrünstige, leidenschaftliche und staatsmännische Reden gehalten, ganz gewiß, es treten dabei auch manderlei Ermahnungen auf, die großen Herren aus London, und namentlich aus Paris, nicht gerade angenehm in die Ohren klingen. Unter diesen aber gehen drängen in der Welt der Tatsachen Streiks und Jaul, Reib und Haß, Gewalt und Krieg weiter ihren Weg, als gäbe es nichts, was auch nur im entferntesten eine Vernunftordnung des Völkerverhältnisses durch göttliche Abereinstimmung, durch unparteiliche Entscheidung wohlgeleiteter Schlichter ermgähliche.

Wir lesen, daß eben jetzt ein polnischer Generalmarsch gegen die skandinavische Front eingeleitet hat, obwohl eine Kontrollkommission des Völkerbundes an Ort und Stelle war, um den Wiederausbruch von Feindseligkeiten zu verhindern. Sie appelliert nun an die Warschauer Regierung und an die gegenwärtigen Gewalthaber von Warschau, denen man die „Groberung“ dieser nichtpolnischen Stadt so außerordentlich leicht gemacht hat. Jede Schuld rächt sich eben auf Erden. Hätte man den Polen nicht gar zu freie Hand gelassen in der Befriedigung ihrer Rändergier, in der ungewählten Herrschaft und Unterdrückungssucht seiner maßgebenden Kreise, würde man sich jetzt weniger rücksichtslos von ihm behandeln lassen, aber gerade jetzt hat der Völkerbundrat eben diesen Polen sogar das militärische Mandat über Danzig in seinem Sinne ausgesprochen; wenigstens hat er nicht den Mut gehabt, diese Forderung mit einem runden Nein zu beantworten. Er hat den Warschauern vielmehr ganz offensichtlich die Vorhand eingeräumt, für den Fall, daß die neue freie Stadt, die sich, weil die Japaner es so wollen, nicht als Hanseatenstadt bezeichnen darf, jemals in die Gefahr militärischer Verwundungen geraten sollte. Derartige Nachsichtigkeiten gegenüber einer Nation, die jedes Augenblick über die Grenze ihrer Zuständigkeit verloren hat, zeigen lediglich zu immer neuen Gewalttaten, und so kann man nur sagen, daß der Völkerbund die Behandlung, die er sich jetzt von polnischer Seite gefallen lassen muß, reichlich verdient hat.

Ober was soll man zu der Vorsicht sagen, mit der die deutsche Frage in Genf umgegangen wird. Die Frage, ob es erlaubt sei, mit Deutschland schon irgend welche geregelten Beziehungen aufzunehmen. Der erste, der den Mut hatte, in dieser Richtung einen kräftigen Vorstoß zu unternehmen, war der argentinische Minister des Auswärtigen. Rund herum erklärte er der Versammlung, daß sein Land gar keine Schwierigkeiten gehabt habe, die Pflichten der Neutralität im Weltkrieg auch Deutschland gegenüber aufrechtzuerhalten. Selbst während der überaus schwierigen Zeiten des Weltkrieges habe Deutschland die argentinischen Forderungen sorgfältig respektiert. Sogar in den Sperrzonen, wo es wirklich nicht leicht war, so weitgehende Rücksichten zu nehmen. Leider eine verspätete, eine sehr verspätete Anerkennung der Seetransportation Deutschlands. Warum wohl haben nicht wie Argentinien, auch andere unbefangene Länder an ihrer Neutralität festgehalten, sondern sich von den Feinden ins Schlepptau nehmen lassen? Auch jetzt nicht auch gegen Deutschland vorgelegenen Leuten die Erkenntnis dämmern, daß hier die Schuld durchaus nicht bloß auf deutscher Seite gelegen hat? Aber weiter: Was Herr Barnes, der englische Arbeitsminister, bricht im Namen der britischen Arbeiterklasse eine Lanze für die Aufnahme Deutschlands in den Völkerbund. Er findet manches tröstliche Wort zur Kennzeichnung der Tendenzen, die Deutsch-

land durchaus noch länger in seiner jämmerlichen Isolierung festhalten wollen. Er verurteilt den Haß, von dem man sich immer noch nicht frei zu machen verstehe, und verlangt Aufklärung darüber, warum der Völkerbundrat den russisch-polnischen Krieg nicht verhindert habe. Aber er fand mit alledem nur mäßigen Beifall. Man haunte ihn an wie ein Wundexier, das sich in ungewohnter Umgebung nicht recht zu benehmen weiß, und über das man am zweckmäßigsten mit spöttisch mißbilligender Kopfbewegung zur Tagesordnung übergeht. Was uns Deutschen im Grunde in solange nur recht sein kann, als der Völkerbund das bleibt, was er ist und sein will: ein Instrument zur unbarmerzigen Durchführung des Vertrages von Versailles.

Außerordentlich gut paßt in diesem Rahmen die Mitteilung, daß die internationalisierte Volkshüterkommission neuerdings von Deutschland die Ablieferung der beiden Zeppelinluftschiffe fordert, die wir uns gerade noch aus dem juristischen Zusammenbruch unseres Luftverkehrs gerettet haben. Jetzt sollen auch noch die „Hohensee“ und der „Nordstern“ genommen werden als Ersatz für zwei zerstörte deutsche Luftschiffe, vorbehaltlich weiterer Erfordernisse für die übrigen zerstörten Luftschiffe. Die deutsche Regierung vertritt natürlich den Standpunkt, daß solche Ansprüche nicht mehr erhoben werden können, weil alle während des Waffenstillstandes vorgekommenen Verträge durch das Spaia-Protokoll ausgeglichen sind. Aber wird sie damit Erfolg haben? Und ist es nicht hübsch, daß gerade während der Völkerverjammert in Genf, diese neue Zumutung und Demütigung uns angekommen werden? Die Ohnmacht dieses Gebildes, mit dem angeblich eine neue Epoche der Weltgeschichte eingeläutet worden ist, kann nicht besser gekennzeichnet werden als durch diese neue Forderung.

Um die Festschließung der deutschen Schuld.

Lloyd Georges Ratsschläge an Frankreich.
Der Londoner Vertreter eines großen Pariser Blattes hatte eine Unterredung mit Lloyd George, in der er mit ihm auch über die Wiedergutmachungsfrage sprach. Der Korrespondent faßte u. a.: „Es gibt bei uns in Frankreich eine Frage, die über alle anderen Fragen steht, weil wir während des Krieges mehr gelitten haben als die anderen, das ist die Wiedergutmachungsfrage. Zu recht oder zu unrecht glauben gewisse Kreise in Frankreich, daß man sich in England vom französischen Standpunkt entfernt, so ihn sogar bekämpft.“

Lloyd George antwortete darauf: „Zu recht oder unrecht? Ich sage: zu unrecht! Da Sie diesen Hauptpunkt berühren, der auch für uns ein Hauptpunkt ist, werde ich Ihnen meine Meinung klar sagen: Muß man Deutschland bezahlen lassen, soweit dies möglich ist? Ja. Aber wieviel? Haben Sie eine feste Zahl? Ich sage Ihnen: Bestimmen Sie die Zahl. Ich sage das nicht, um Deutschland ein Verlangen zu bereiten.“

Solange ich noch Rechtsanwalt war, ehe ich mich der Politik zuwandte, habe ich stets folgende Richtlinien befolgt: Wenn ich mich einem Schuldner gegenüber befand, so machte ich natürlich von meinem Rechte ausgiebigen Gebrauch. Aber sollte ich Mobilien und Immobilien verkaufen lassen, so daß Frauen und Kinder Gefahr liefen, mittellos zurückzubleiben? Oder aber war es nicht besser zu sagen: Sie schulden mir so und so viel, — was können Sie sofort, was können Sie in einem Jahr, was können Sie in zehn Jahren zahlen? Das war nach meiner Ansicht die beste Methode, und das ist auch die Methode, die ich Deutschland gegenüber anzuwenden empfehle. Man soll den Schuldner nicht ohne Kontrolle lassen. Man muß ihn kontrollieren, man muß seine Zahlungsfähigkeit abschätzen, und man muß vor allen Dingen eine Summe diktiert. Diskutieren wir also, und wenn die Summe fixiert sein wird, so wird England Frankreich zur Seite stehen, um zu fordern.“

Deutscher Reichstag.

(31. Sitzung.)

W. Berlin, 20. November.

Vor schwach besuchtem Hause wurde heute die sozialdemokratische Interpellation betr. die Sozialisierung des Kohlenbergbaues behandelt. Vorher wurde der Gesetzentwurf zur beschleunigten Erhebung des Reichsnotopfers und der Kriegsschuld nach Vermögenszuwachs dem Steueranschuß überwiefen.

Die Sozialisierung des Kohlenbergbaus.

Die Interpellation hat folgenden Wortlaut: „Ist die Reichsregierung bereit, zu erklären, wann sie den schon wiederholt und besonders eindringlich nach dem Abkommen von

Spa zugesagten Gesetzentwurf über die Sozialisierung des Kohlenbergbaues vorlegen wird und zwar einen Entwurf, der sich nicht etwa auf eine Gewinn-, Kapital- oder Ertragsbeteiligung der Arbeiter beschränkt, vielmehr die Vollsozialisierung der Kohlenförderung und der Kohlenverteilung durchzuführen wird.“

Zur Beantwortung erhielt der Abg. Köpfig (Soz.) das Wort. Der Reichsarbeitsminister Braun, so führte er aus, hat erklärt, daß die Reichsregierung der Frage der Sozialisierung nicht aus dem Wege gehen werde und daß der Reichswirtschaftsminister beauftragt sei, unverzüglich die weitere Verfolgung der Angelegenheit zu betreiben, sobald der Bericht der Sozialisierungskommission vorliegt. Dann hat das Reichskabinett den Wirtschaftsminister aufgefordert, umgehend den Entwurf eines Gesetzes vorzulegen. Schließlich hat der Reichsfinanzminister v. Kaamer dem Reichswirtschaftsrat erklärt, daß Reichskabinett heute noch keine Entscheidung über den Entwurf der früheren Erläuterungen. Danach hat die Regierung unabweisend die Vorlegung eines Gesetzes versprochen. Selbsten aber herrscht über allen Regierungswispen Ruhe. Ich frage daher, auf welchem Standpunkt steht die Regierung jetzt. Wir müssen heute eine klare und klare Antwort bekommen. Die Frage ist, ob der Bergwerksbetrieb ein privatwirtschaftliches Monopol bleiben soll oder ein gemeinschaftliches Unternehmen, das dem Volksganzen zu dienen hat. Der Redner verbreitete sich dann über den Bergbaubetrieb und erklärte am Ende: Die Bergarbeiter wollen nur ihre Arbeit in den Dienst des Ganzen stellen, werden sie aber von der Regierung entlassen, dann ist vielleicht nicht mehr möglich, das Abkommen von Spa zu erfüllen.

Antwort der Regierung.

Reichswirtschaftsminister Scholz: Die Reichsregierung wird auf Grund der Erklärung vom 27. 10. einen Gesetzentwurf über die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaues mit größtmöglicher Beschleunigung der gegenwärtigen Angelegenheit vorlegen. Im gegenwärtigen Augenblick sind die Beratungen der Sachverständigen des vorläufigen Reichswirtschaftsrates und des Reichsnotopfers über die Endfragen des Entwurfes noch nicht abgeschlossen. Vielmehr ist, wie bekannt, die ursprünglich nur aus Vertretern des Kohlenbergbaues bestehende Sachverständigenkommission durch weitere Sachverständige ergänzt worden, um endgültig eine gemeinsame Grundlage für diese wichtige Frage der Neuorganisation unseres Wirtschaftslebens zu finden. Die Kommission beabsichtigt, ihre Verhandlungen am 1. Dezember dieses Jahres aufzunehmen. Solange die berufenen Sachverständigenvertreter noch in ausgiebigen Verhandlungen über einheitliche, aus gemeinsamer Verständigung hervorgegangene Richtlinien beraten, wäre es eine nicht genügende Beachtung kaufmännischer Mitarbeit und der produktiven Kräfte, wenn die Reichsregierung schon jetzt einen endgültigen Beschluß über den Inhalt des Gesetzes geben oder eine Mitteilung über dessen Richtlinien machen würde.

Dieser Erklärung setzte der Reichswirtschaftsminister noch einige Bemerkungen hinzu. Der Abg. Köpfig hat an die Regierung die Frage gestellt, ob sie nach wie vor bereit sei, die gemeinwirtschaftliche Regelung des Bergbaues vorzunehmen. Ich kann versichern, daß die Reichsregierung dabei einen geraden und wohlüberlegten Weg einschlagen wird. Daß die Frage der gemeinwirtschaftlichen Regelung nicht einfach zu lösen ist, hat auch der Abg. Köpfig anerkannt. Diese Tatsache dürfte mit großer Deutlichkeit auch daraus hervorgehen, daß auch die Partei der Interpellanten, die anderthalb Jahre lang teils allein, teils maßgebend in der Reichsregierung gefestigt hat, einen solchen Weg während der Zeit ihrer maßgebenden Tätigkeit uns nicht vorschlagen vermochte. Es wäre nach Auffassung der Reichsregierung verneinend, wenn wir in dieser außerordentlich schwierigen Frage

unter Nichtachtung derjenigen Beratungen vorgingen, die gerade im Augenblick unter den ersten Sachverständigen auf diesem Gebiete stattfinden. Wir müssen vielmehr heute, wie immer, alle Parteien dieses Hauses bitten, in dieser für unser gesamtes Wirtschaftsleben so außerordentlich einschneidenden Frage unter Zurückstellung aller parteipolitischen Ansichten, rein vom wirtschaftlichen Standpunkt aus mit uns und mit den Sachverständigen zu prüfen, welche Regelung dieser Frage uns nützen könnte. Deshalb kann die Regierung im gegenwärtigen Augenblick, wenn sie ihre Aufgabe ernst auffaßt, an den Beratungen der Sachverständigen nicht vorbeigehen. Sie muß mit ihnen wünschen, daß sie gezielten möge zum Segen unseres Vaterlandes.

Besprechung der Interpellation.

Abg. Vols (Zentr.) erklärte, daß seine Fraktion die Erklärung der Regierung billige, und daß sie es nicht für zweckmäßig halte, jetzt in eine materielle Beratung der Frage einzutreten.

Abg. Leopold (deutlich-nat.) Die Sozialdemokratie heute so laut und gebieterisch die Sozialisierung fordert, so kann dies nur durch Gründe der Propaganda und der Taktik diktiert sein. Die wirtschaftliche Zukunft unseres Volkes ist so düster wie nie zuvor. Die beiden bisherigen Sozialisierungskommissionen sind derart einseitig aufgemastet ge-

weisen, daß die mangelnden Vertonen des Wirtschaftslebens dabei nicht zu Worte gekommen sind. Ja, sie sind sogar beiseite gewiesen mit Vertonen, die die deutsche Reichsangehörigkeit nicht besitzen. Eine Vollsozialisierung dieser Art kann weder eine Verbilligung der Rohlen, noch eine Hebung der Förderung bringen. Sie wäre alles andere, nur nicht sozial. Wir lehnen eine Entwicklung auf dem vorgeschlagenen Wege ab, weil uns das Leben unseres Volkes zu teuer für betrieblche Experimente ist. Der Gedanke der Arbeitsgemeinschaft allein kann uns wieder hochbringen.

Abg. Dr. Curtius (Deutsche Sp.) machte geltend, daß seine Partei das Verfahren der Regierung billige, und daß man die Stellungnahme des Reichswirtschaftsrates abwarten müsse. Nach der Reichsverfassung sollen sozialpolitische und wirtschaftspolitische Entscheidungen vor ihrer Einbringung dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt werden. In der Sozialisierungsfrage darf das Reichswirtschaftsministerium und der Reichswirtschaftsrat nicht gehen und durcheinander arbeiten. Wir müssen warten, bis alle Verhandlungsmöglichkeiten im Reichswirtschaftsrat erschöpft sind. Die heutige Begründung der Interpellation ist ein Mißfall in die Zeit des Generallstreiks. Auf diesem Wege werden wir nicht folgen. Wir wollen den, allerdings schmalen Weg der Verständigung weiter gehen, den der Reichswirtschaftsrat eingeschlagen hat.

Abg. Veldt (Vann. Sp.): Im Hinblick auf die Erklärung der Regierung und in der Erwartung, daß bald eine Vorlage über den Kohlenbergbau eingebracht wird, sehen wir sehr von einer Erörterung des Problems ab, möchten aber betonen, daß in einer wirtschaftlich sehr wichtigen Frage nicht nur die direkt beteiligten Kreise gebört werden, und daß das Problem nicht nach parteipolitischen Gesichtspunkten behandelt werden darf.

Abg. Heuke (Unabh. rechts): Von der letzten Regierung ist alles andere als eine Förderung der Sozialisierung zu erwarten. Eine bürgerliche Partei nach der andern hat sich hinter diese Regierung gestellt. Es heißt die Heuchelei auf die Spitze treiben, wenn die Rechtsparteien, die auf volkswirtschaftlichem Wege den Kapitalprofit sichern wollen, und den Vorwurf machen, wirtschaftliche Dinge auf volkswirtschaftlichem Wege entscheiden zu wollen. Wir werden die Arbeiterklasse darüber aufklären, was sie zu tun hat, um ihre Forderungen dennoch durchzuführen. Die Verbandskapitalisten tragen die Hauptschuld an der Verlängerung des Krieges und an unserer schlechten Wirtschaftslage. Sie waren immer auf den eigenen Sackel bedacht. Ein Verbandskapitalist wollte sogar, daß sein Sohn jetzt Franzose werde, damit sein Unternehmen den Schutz der französischen Regierung genieße. Was wir von den letzten Verhandlungen der bürgerlichen Kreise zu halten haben, wissen wir sehr. Kein Arbeiter läßt sich heute noch durch dieselben Schwätzreden täuschen. Die Arbeiterklasse wird mit Entschiedenheit, aber auch mit Ruhe und Besonnenheit an ihren Zielen festhalten. Wir fordern die Sozialisierung zum Wohle des ganzen deutschen Volkes.

Abg. Schiffer (Dem. Sp.) gab im Namen seiner Partei eine Erklärung ab, in der gefordert wird, daß unverzüglich in eine Prägung der Wege eingetreten werde, die zu dem Ziele führen, der Arbeitnehmerchaft einen größeren Anteil als bisher an der Gestaltung und den Erträgen der Wirtschaft zu sichern. Diese Prägung muß im Hinblick auf die Tragweite der zu treffenden Entscheidung gründlich und eingehend sein.

Abg. Koenen (Unabh. links): Die Interpellation ist nur Deutlichkeit. Die Rechtssozialisten hatten ja auch einmal den Antrag, die Sozialisierung durchzuführen, aber sie haben verlangt, die Arbeiter zu entlassen, die kommunistische Gesellschaft. Das Volk richtet sich zu neuen Kämpfen. Durch Befreiung der Betriebe werden wir den Kapitalismus zertrümmern.

Auf diese Rede antwortete der Abg. Jauschke (Soz.) mit dem Hinweis, daß der Abg. Koenen mit seinen Ausführungen die Selbstkritik auf den Mann rufen werde. Herr Koenen pflegt immer sehr ruhig für den Kampf des Volkes zu sprechen, während er selbst diesen Mut nicht beweisen habe. Weiter verteidigte der Redner die bisherige Haltung seiner Partei in der Sozialisierungsfrage. Er schloß mit dem Ausruf: „Bedenken Sie, daß die Erregung im Ruhrrevier ungemein groß geworden ist. Die Nichterfüllung der Sozialisierungsforderungen würde die Arbeiter zwingen, einfach zu tun, was sie im Interesse des Staates sonst nicht unternehmen würden.“

Damit schloß die Beantwortung der Interpellation, und das Haus verließ sich.

Politische Rundschau.

Deutsches Reich.

Deutsche Note über die Monshauer Bahn. In der Frage der Monshauer Bahn hat die deutsche Regierung an die Friedenskonferenz in Paris, an das Generalsekretariat

des Völkerbundes in Genf und an sämtliche in der Grenzfestsetzungskommission vertretenen Regierungen, also auch an England, Frankreich, Belgien, Italien und Japan, eine neue Note gerichtet. In dieser Note wird der vorliegende Fall als in hervorragendem Maße geeignet bezeichnet, durch ein Schiedsgerichtverfahren erledigt zu werden.

Das Stimmrecht der Oberschlesier. Aus Paris wird gemeldet, daß in der Vorkonferenz über die Volksabstimmung in Oberschlesien erste Meinungsverschiedenheiten zutage getreten seien. England wüßte, daß alle in Oberschlesien Geborenen zur Volksabstimmung zugelassen werden ohne Rücksicht darauf, ob sie, vom Zufall der Geburt abgesehen, irgendwem berechtigt erscheinen, im Namen der Bevölkerung des Landes zu sprechen. England stehe in der Auslegung der betr. Bestimmung des Versailler Vertrages, die nicht ganz klar sei, völlig isoliert da. Man könne hoffen, daß es bald zu einer Einigung kommen werde. — Demgegenüber bestimmt indessen der Wortlaut des Friedensvertrages ganz klar, daß — neben den dort bis zu einem gewissen Zeitpunkt Angehörigen — alle in Oberschlesien Geborenen das Stimmrecht haben. Der von den Franzosen im politischen Interesse bekämpfte Wunsch Englands deckt sich also vollkommen mit den Vertragsbestimmungen.

Festsetzung der Schlichtungsordnung. Wie aus dem Reichsarbeitsministerium mitgeteilt wird, ist der schon lange angekündigte Entwurf einer Schlichtungsordnung jetzt fertig. Die Vereinbarungen mit der aus Arbeitnehmern und Arbeitgebern bestehenden Kommission sind abgeschlossen worden, und das Gesetz soll, nachdem es dem Reichsrat und dem Reichswirtschaftsrat vorgelegt hat, spätestens Anfang Januar nächsten Jahres dem Reichstag zugehen.

„Ein schlechtes Geschäft für den Staat.“ Unter dieser Überschrift beschäftigt sich eine Münchener Zeitung mit dem vom Reich veranstalteten Verkauf der amerikanischen Pferde und Maultiere, bei dem sich ein Defizit von 13 Millionen Mark ergeben hat und zählt eine große Reihe von Mißständen und groben Unregelmäßigkeiten auf, die sich dabei ergeben haben. Es wird auch angegeben, daß die Abgabepreise der Pferde und Maultiere seitens der amerikanischen Seeresverwaltung zwischen 4000 und 8000 Mark betragen, die erzielten Erlöse aber das Doppelte, ja das Dreifache. Die Öffentlichkeit habe ein Recht, Aufschluß zu verlangen, wie dabei ein Defizit von 13 Millionen Mark entstehen konnte und warum davon der Staat fast 11 Millionen Mark zahlen müsse. Behauptet wird auch, daß eine Provision von 400 000 Mark für Vermittlung dieses Geschäftes erzielt worden sei und es wird die Anfrage gestellt, wer dieser Vermittler war.

Demonstration im bayerischen Landtag. Im bayerischen Landtag hat der Abgeordnete Leonhard für die Unabhängige sozialdemokratische Partei eine längere Erklärung verlesen, in der die Geschäftsführung des Landtagspräsidenten Königbauer beanstandet und gesagt wird, er habe schwer beleidigende Beschimpfungen des Abg. Held gegen den Abg. Varelis (U. S. P.) nicht gerügt und die Redefreiheit des Abg. Neumann (U. S. P.) verfassungswidrig beschränkt. Nach längerer Aussprache wurde ein Antrag Held (Vann. Sp.) auf ein Vertrauensvotum für den Präsidenten mit allen Stimmen gegen die der U. S. P. angenommen. Abg. Leonhard (U. S. P.) erklärte hierauf, daß seine Fraktion nach dieser Abstimmung den Abg. Wöhler beauftragt habe, sein Amt als zweiter Vizepräsident sofort niederzulegen, und sich nicht mehr am Präsidium beteiligen werde.

Italien.

Das Frauenwahlrecht. Nach einer Meldung aus Rom hat die Kammer mit 240 gegen 10 Stimmen einen Zulassungsantrag zum Gemeindegewahlgesetz angenommen, nach dem den Frauen das gleiche Wahlrecht zuerkannt wird wie den Männern. Ein Antrag zugunsten der Wahlpflicht wurde mit 144 gegen 78 Stimmen abgelehnt, ebenso ein Antrag zugunsten des Wahlrechts der Unteroffiziere und Soldaten.

Amerika.

Keine Anerkennung von Sowjetrußland. Die amerikanische Regierung hat keineswegs die Absicht, England und Frankreich in der Frage der Anerkennung der Sowjetrepublik zu folgen. Es werde sogar keine Handels-

beziehungen mit Sowjetrußland gestatten. Die amerikanische Regierung sei der Ansicht, daß der Bolschewismus eine Drohung für das Gleichgewicht der Völker der Welt bedeute.

Zu den angeblichen Kapitalverschiebungen.

Eine Erklärung des beschuldigten Bankhauses. Anlässlich der Berichte in der deutschen Presse über die Hausjudungen beim Bankhaus Grüsser, Philippsohn u. Co. wird aus Holland namens des Bankhauses Grüsser mitgeteilt, daß die Firma die Angelegenheit einem Rechtsanwalt übergeben habe und daß man ferner der Entwicklung der Dinge durch eine eingehende Erklärung nicht vorzugreifen wünsche. Aus finanziellen Kreisen erhält man jedoch die Bestätigung der Berichte, daß die Firma Grüsser in der Tat in finanziellen Beziehungen zu dem früheren deutschen Kronprinzen stehe. Ob aber diese Beziehungen die Verschiebung von Kapitalen aus Deutschland betreffen, ließ sich nicht feststellen.

Die Linke gegen die sozialistischen Reichskanzler.

Die linke U. S. P. und die st. B. D. haben im Reichstag einen Antrag eingebracht, wonach ein parlamentarischer Untersuchungsausschuss die Frage prüfen soll, in welchem Umfange der Vermögensverschlebung deutscher Staatsangehöriger durch die Nachlässigkeit der früheren Regierungen und ihrer Reichskanzler Hermann Müller, Gustav Bauer und Philipp Scheidemann Vorwurf geleistet werden läßt.

Billige Elektrizität ohne Kohle.

Merkwürdige Erfindung.

Auffebenerregende Mitteilungen macht Ingenieur Robert Diederich in einer Berliner Zeitung über eine Erfindung, die angeblich eine Umwälzung in unserer Licht-, Wärme- und Kraftzeugung, also in unserem ganzen Wirtschaftsleben herbeiführen geeignet sein soll. Die Mitteilung beruht auf Gesprächen mit dem Erfinder, dem Ingenieur Willig v. Unruh. Danach baut sich die Erfindung auf der Tatsache auf, daß die chemischen Elemente, wie man heute weiß, nicht Ur-elemente sind, sondern daß ihre Atome sich gegenseitig in weitere Teilchen spalten, wobei ausfallend große Kräfte frei werden. Wenn ein Gramm Radium sich in Blei und Seltum spaltet, so wird eine Kraftmenge frei, die einer durch 800 Tonnen Kohle geleisteten Kraft entspricht. Die Freimachung der elektrischen Kraft, die an die Atomteilchen gebunden ist, war bisher ein rein wissenschaftliches Problem. Sie scheint nunmehr durch die Erfindung praktisch nutzbar zu werden. Es heißt in der Darstellung:

Willig von Unruh hat einen Apparat konstruiert, der auf der Grundlage der Atomzerlegung aufgebaut ist und bereits durch Erzeugung starker elektrischer Energie von etwa 10 Kilowatt Dauerleistung praktische Bedeutung erlangt hat. Patentrechtliche Gründe verbieten es, Einzelheiten dieser Vorrichtung zu bringen, die geeignet ist, unser gesamtes Wirtschaftsleben gesund zu machen und uns freizumachen von der bisherigen Energiequelle: der Kohle. Seit zwei Jahren wurde unter mannigfachen Konstruktionsänderungen ein Apparat auf seine wirtschaftliche Brauchbarkeit erprobt, so daß in absehbarer Zeit mit der Massenherstellung und dem Betrieb begonnen werden kann. Dann soll jeder seine eigene Kraft- und Lichtanlage im Hause haben und unabhängig von einem Elektrizitätswerk sein. Und nun der springende Punkt: Eine Kilowatt-Stunde kostet nur ein Fünftelstel Pfennig, während man jetzt für die gleiche Leistung 350—400 Pfennig bezahlen muß. Deutschlands Verbrauch an elektrischer Energie beläuft sich für ein Jahr auf etwa 50 Milliarden Kilowattstunden, zu deren Erzeugung mindestens 10 Millionen solcher Apparate benötigt werden. Fachleute des In- und Auslandes haben den Apparat gesehen und sich von seiner Wirkung überzeugt. In Gegenwart des Berliner Rotars und J. Marais L. Schröder wurde am 15. März 1920, als Gegenstand des Generallstreiks alle Berliner Starkstromnetze ohne Strom waren und besondere Zuleitungen nicht bestanden, der „Stromerzeuger“, welcher ungefähr die Größe einer Klavierbank hat, vorgeführt und zwar in Anwesenheit der Gesellschaft der „Internationalen Elektrizitäts-Versorgung A. G. L. G.“ Es wurde festgestellt, daß keinerlei fremde Stromzuführung an

Ein Frühlingstraum.

Eine Erzählung aus dem Leben von Fr. Lehne.

(Nachdruck verboten.)

Und es war, als ob diese linde Berührung Wunder wirkte — Hasso wurde merklich ruhiger. Unausgesetzt beobachtete Gabriele die Schwester. Sie hatte sich an die andere Seite des Bettes gesetzt, das frei im Zimmer stand. An ihr, der reichen verwöhnten Frau, waren die Jahre vorbeigegangen, aber in dem blassen Gesicht ihr gegenüber hatten sie Spuren hinterlassen, die Leid und Schmerz noch mehr vertieft hatten. Und doch konnte sie sich nicht verhehlen, daß Mary von einer fast überirdischen, rührenden Schönheit war. Unter der weißen Mütze hervor legten sich einzelne widerpenstige Locken, die sie vergebens zurückstieß, auf die klare Stirn, und die sanften ruhigen Bewegungen paßten zu der ersten einfachen Schwestertracht. Mary fühlte dieses Beobachten als etwas Lästiges; vielleicht hatte Ella sie doch erkannt — aber nein, unmöglich, sonst hätte sich diese durch ein Wort verraten.

„Gnädige Frau, möchten Sie nicht ein wenig ruhen?“ bat sie da, „es sieht uns wahrscheinlich eine schwere Nacht bevor.“

„Nein, nein, Schwester,“ wehrte Gabriele, „wie könnt' ich Ruhe finden! Lassen Sie mich bei meinem Kinde bleiben! — Uebrigens muß mein Mann bald kommen!“

Bei diesen letzten Worten behielt sie Mary scharf im Auge; jedoch kein Judas verriet ihr, daß diese davon erregt wäre. Mary war ja darauf vorbereitet, Wolf zu begegnen, und Selbstbeobachtung hatte sie in den Jahren genügend gelernt!

„Ist es nicht ein anstrengender, entsagungsvoller Beruf, den sie sich da erwählt haben, Schwester?“ begann Ella leise, „ich muß gestehen, daß ich dazu weder Mut noch Kraft hätte! Sie müssen doch vollständig mit dem Schönen, was das Leben gibt, abgeschlossen haben.“

Mary lächelte ihr sanftes Lächeln.

„Gines schickt sich nicht für alle, gnädige Frau! Aber wir müssen doch auch da sein! Im Anfang ist es mir recht schwer geworden, und gar manchmal stand ich am Ende meiner Kraft und wollte verzagen — dann hab ich aber die Zähne zusammengebissen, um nicht umzukehren, und es gelang mir, die Schwäche zu überwinden! — Dann ist mit der Geschicklichkeit auch die rechte Lust gekommen —

und — gnädige Frau — jetzt kenne ich keinen schöneren Beruf — es ist herrlich!“ Ihre Augen leuchteten wie verklärt, während sie das sagte.

„Und wie sind sie dazu gekommen?“ fragte Ella weiter. Daffo lag ruhig wie schlafend da, und so konnte wohl das gesprochen werden, was sie wissen wollte.

„Wie ich dazu gekommen bin?“ sagte Mary mit wehmütigem Lächeln. „Ich stehe ganz allein auf der Welt! Die Eltern sind mir früh gestorben; aus fernem Land kam ich nach Deutschland — und eine liebe mütterliche Freundin, die ich gefunden, führte mich diesem Berufe zu.“

„Verzeihen Sie, Schwester, eine etwas indiskrete Frage — aber natürlich im Munde einer jeden Frau! Haben Sie niemals daran gedacht, sich zu verheiraten? Denn wer von der Natur so reich begünstigt ist, wie Sie, kann einer solchen Frage sicher nicht fern gestanden haben.“

Ein leichtes Rot färbte einen Augenblick Marys bleiches Gesichtchen; mit großem ruhigen Blick entgegnete sie: „Nein, gnädige Frau, daran habe ich nicht gedacht! Man träumt wohl manchmal mit einem jungen, idyllischen Mädchenherzen einen Traum von Glück und Liebe — aber dann kommt das Leben mit seiner rauhen Hand und zeigt, daß schließlich das wahre Glück getreue Pflichterfüllung ist — daß der einzelne sich der Gesamtheit unterzuordnen hat! — Mein Beruf bringt mir die lautesten Freuden! Ich kann Ihnen nicht schildern, was ich empfunden habe, als ich vorige Woche einem trostlosen Vater drei liebliche Kinder, die an Scharlach und Diphtheritis erkrankt waren, als genesen überlassen konnte, während die Mutter der Kinder im Wochenbett lag. Können Sie sich die Gefühle der armen Frau vorstellen, die tatenlos daliegen mußte? Es war sehr anstrengend für mich, jene Pflege und — und doch, wie reich war ich belohnt durch die Freudentränen in den Augen der Eltern! — O ich könnte Ihnen da vieles erzählen — man bekommt Einblick in manches Menschenleben und Menschenleid, was man nie gegn hätte, woran man achtlos vorübergeht.“

Gabriele schweigend einen Augenblick; dann sagte sie leise: „Ich habe noch nie so recht darüber nachgedacht; man beachtet so vieles nicht —“

— Hasso wurde wieder unruhig; er phantasierte und verlangte ständig nach dem Papa, sowie nach dem Großpapa. Mit fester Hand hielt ihn Mary und unterdrückte

ihn bei den leuchtendsten Ausbrüchen, die das kleine Körperchen erschütterten.

„Geben Sie, gnädige Frau,“ bat sie, „der Anblick regt Sie unendlich auf.“

„Nein, nein,“ jammerte Ella, „ich bleibe.“ Wieder Willen mußte sie Mary bewundern, die so still und geduldslos und doch so energisch ihres Amtes waltete. Der Anfall gab sich, und stöhnend lag Hasso da. „Armes Kind,“ leise fast unmerklich strich Mary über sein Köpfchen.

„Wird er leben?“ fragte Gabriele angstvoll. Ihr Muttergefühl regte sich doch, als sie sah, wie das Kind sich quälte mühte.

„Doktor Kornelius ist ein tüchtiger Arzt; er wird ihn schon durchbringen, wenn ich Ihnen auch nicht verhehlen kann, daß der Fall ernst liegt. Der Kleine scheint aber eine kräftige Natur zu haben, trotzdem er sehr zart aussieht.“

Schweigend saßen die beiden Frauen da und lauschten auf die schweren Atemzüge des Kindes, daß sich jetzt beruhigte. So verging eine geraume Zeit, ohne daß die beiden ein Wort wechselten. Da hörte man eine Tür schlagen. Gabriele fuhr zusammen; das war Wolf, der eben heimgekommen. Sie warf einen verstohlenen Blick auf Mary, die das wohl kaum gehört hatte; ihre ernst blickenden Augen ruhten unverwandt auf dem Kind. Nach einer Weile wurde behutsam die Tür des Krankenzimmers geöffnet, und Wolf trat ein. Sein erster Blick fiel auf die schwarze Gestalt am Bettchen; das mußte wohl die Pflegerin sein, die Doktor Kornelius mitbringen wollte; ihr Gesicht konnte er nicht sehen. Leise trat er näher und fragte seine Frau: „Wie geht es Hasso?“

„Jetzt besser — er ist ein wenig eingeschlummert,“ lautete deren Antwort.

„Gott Lob,“ kam es aus seiner tiefen Brust.

„Wolf,“ fuhr seine Frau fort, „Wolf, Schwester Konuelo ist uns in der Tat eine Hilfe; der Arzt hätte sie uns schon früher bringen können; sie weiß Hasso wunderbar zu beruhigen.“

Er wandte sich der Schwester zu und wollte etwas sagen; jedoch das Wort erstarb ihm auf der Zunge — Mary hatte die Augen erhoben und groß ruhte ihr Blick in dem des einfaches heiß geliebten Mannes, während ihr Herz so ungestüm klopfte, daß sie fürchtete, man könnte es hören — starr vor Bestürzung stand Wolf da, seines Wortes mächtig.

den „Stromerzeuger“ ersparte. Trotzdem ergab sich, daß eine an letzterem angegeschlossene elektrische Glühlampe für 230 Volt und 50 Kerzen hellleuchtend brannte. Es wurden ebenfalls weitere 5 Stück je 1000 Leuchtampere angeschossen, die ebenfalls hellleuchtend brannten, wobei weder eine Stromerzeugung noch eine Unterbrechung eintrat. Diese Beobachtung dauerte zwei Stunden. Die einzige zur Anwendung gekommene „Erreger-Spannung“ wurde drei Voltmeter — kleinen Beutel-Elementen — entnommen, welche bei zwei Ampere je sieben Volt gaben. Daß diese Stromquelle nicht Glühlampen zum Leuchten bringen kann, ist unzweifelhaft, sie liefert vielmehr nur sogenannte „Reizströme“.

Diese Angaben rechtfertigen es, wenn man der Entdeckung der Angelegenheit mit Spannung entgegenfieht. Ob eine Tat gelungen ist, die für unser Wirtschaftsleben von einschneidender Bedeutung sein würde, oder ob nur Zufälle vorliegen, die eine Anwendung im großen noch nicht gestatten, muß abgewartet werden.

Der Fall Moeder.

Massenmörder und ihre Beweggründe.

Die Gegenwart ist reich an Not und reich an Verbrechen. Der urfällige Zusammenhang zwischen beiden Erscheinungen ist bekannt. Die Not gehört viele Verbrechen, besonders Verbrechen gegen das Eigentum, aber die Urheber aller Verbrechen ist sie nicht. Die außergewöhnliche Lösung von Verbrechen, die wir jetzt schauernd erleben, ist nicht nur auf die durch Krieg und Umsturz geschaffene Not, sondern auch auf die durch Krieg und Umsturz hervorgerufene fittliche Beroberung zurückzuführen. Außerdem ist an den Verbrechen das Krieg und Umsturz die Entdeckung vieler Verbrechen und die Ergreifung vieler Verbrecher verhindert oder verzögert haben. Dadurch ist eine große Zahl von Straftaten ermöglicht worden, die sonst nicht geschehen wären. Das trifft z. B. auf jenen Richard Moeder aus Wien I. S. zu, der im Laufe der letzten fünf oder sechs Jahre mindestens fünf Lustmorde verübt hat und jetzt, nachdem man ihn vor kurzem in Ost genommen, auf seinen Gefängnisstand beobachtet wird. Wahrscheinlich wäre dieser Mörder viel früher unschädlich gemacht worden, wenn nicht Krieg und Umsturz ihn begünstigt hätten.

Der Lustmord ist einer der schrecklichsten Verbrechen, und es gehört zu den traurigen Zeichen unserer Zeit, daß dieses Verbrechen gegenwärtig sehr häufig ist. Preislos muß man den Krieg auch dafür verantwortlich machen, daß man jetzt von dem Willen einer Lustmord-Geistes sprechen darf, aber die erste ihrer Art ist diese Geistes nicht. Der Lustmord hat es zu allen Zeiten gegeben, und auch in friedlichen Zeiten ist wiederholt eine erschreckende Häufung dieses Verbrechens festzustellen gemein. In dieser Beziehung sei an „Jack the Ripper“, an den Bauhauschläger und an die vielen Nachahmungen erinnert, die das Aufsteigen dieses Lustmördes gefunden hat. Die Messerhelden, die von Zeit zu Zeit ihr Unwesen treiben, gehören ebenfalls hierher. Die Massen werden durch eine besonderes Aufsehen erregende verbrecherische Tat beeinflusst und die Folge ist, daß dieses Verbrechen zur Sache wird. Welche Vorgänge auf Richard Moeder eingewirkt haben, wird die Untersuchung vielleicht ergeben. In welcher Nähe Beziehungen Grausamkeit und Wollust mit einander stehen, wußten schon die Alten. In den letzten Jahrzehnten aber haben die Sexualwissenschaften der Kriminologie einen ungeheuren Einbruch gegeben. Danach ist der Geschlechtstrieb in weit größerem Maße der Anlaß zu Verbrechen, als man bisher angenommen hat. Manche gehen schon soweit, die meisten Verbrechen mit dem Geschlechtsleben in Verbindung zu bringen. Beim Lustmord war diese Verbindung stets offenbar.

Unser patriotischer Dichter Willibald Alexis hat in einem seiner Romane: „Rube ist die erste Bürgerpflicht“ in dem Kapitel: „Die Wollust des Schmerzes“ geschildert, wie Menschen sich Befriedigung ihrer Leidenschaften dadurch verschaffen, daß sie anderen in der ausgedehnten Weise Schmerz bereiten. In dem genannten Romane werden die Schicksale der Gekerkten Charlotte Ursinus behandelt, die zu Anfang des vorigen Jahrhunderts wegen Lustmordes in mehreren Fällen zu lebenslänglicher Festungshaft verurteilt wurde. Nach den damaligen gesetzlichen Bestimmungen durfte nur der gefährliche Mörder hingerichtet werden. Die Ursinus leugnete aber bis zum letzten Augenblicke und entsagte dadurch dem Scharstrafe. Diese Frau hatte aus Habgier ihren Geliebten, ihren Vatten und ihre Tante vergiftet und sich an den Judungen gemeldet, die das Gift in den Opfern bewirkte. Dadurch waren die Gekerkten am Ende zu Lustmorden geworden. Demals aber dachte man nicht daran, die Frage aufzuwerfen, ob ein derartiger Verbrecher etwa krank und für seine Taten nicht haftbar sei.

Deute ist das anders. Richard Moeder wird auf seinen Geisteszustand untersucht, und es ist nicht ausgeschlossen, daß das fünffache Lustmörder einer Heilanstalt überwiesen wird. St.

Nach und Fern.

o Briefverkehr nach Sowjetrußland. Nach Mitteilung des Reichspostministeriums ist jetzt ein beschränkter Briefverkehr nach Sowjetrußland zugelassen; die deutsche Belegpost für Rußland wird einbehalten nach Ardangelk und Nowosibirsk geleitet, und zwar am Montag jeder Woche. Die für Sowjetrußland aus dem Reich aufgelaufene Belegpost wird in Berlin gesammelt. Eingeschriebene Briefe sind noch nicht zugelassen; eine Briefbeförderung nach der Ukraine ist gegenwärtig nicht möglich.

o Jubiläum der Technischen Hochschule in Braunschweig. Die Technische Hochschule in Braunschweig beging die Feier ihres 175-jährigen Bestehens. Die Hochschule hat nach dem Vorbild anderer deutscher Universitäten die Würde eines Ehrenbürgers eingeführt. Diese Würde wurde einer Anzahl Männern, die sich um die Wissenschaft verdient gemacht haben, verliehen. Außerdem wurde von verschiedenen namhaften Stiftern Kenntnis gegeben.

o Wiederregelmäßiger Personenverkehr nach Amerika. Die Hamburg-Amerika-Linie teilt mit, daß sie in Verbindung mit der United American Line eine regelmäßige Personenbeförderung Hamburg-Newport mit dem am 25. Dezember von Newport abgehenden Dampfer „Kraunt Clay“, dem ehemaligen deutschen Dampfer „Brig Euel Friedrich“, wieder aufnimmt. Die erste Abfahrt des Schiffes von Hamburg nach Newport findet voraussichtlich am 15. Januar 1921 statt.

o Der Mordversuch in der Hypnose. Aus Wien wird gemeldet: Der Lithograph August Grundmann, der die Kavalierlehrerin Magd. Dostal hypnotisiert und bewogen hat, dem bekannten Psychiatern Hofrat Professor Dr. Wagner-Jauregg mit einer Pistole gegenüberzutreten, wurde wegen Gefährdung der körperlichen Sicherheit verhaftet.

o Die deutschen Universitäten zu den Prager Vorfällen. Angefichts der Ausbreitungen gegen die deutschen Studenten in Prag richtete der Reichsausschuss deutscher Uni-

versitäten in Halle ein Telegramm an die Reichsregierung, in dem die sofortige Ausschließung aller tschechischen Studenten von den deutschen Hochschulen gefordert wird.

o Moderner Städtebau in Palästina. Der Oberkommissar für Palästina hat eine Städtebauverordnung herausgegeben, die die weitere Bebauung der palästinensischen Städte nach modernen Grundsätzen regelt, ferner eine Verordnung zum Schutz des Landschafts- und Städtebildes. Gleichzeitig wurde in Jerusalem eine Städtebauausstellung eröffnet.

o Der Nobelpreis für Chemie. Wie aus Stockholm gemeldet wird, hat die Akademie der Wissenschaften beschlossen, den Nobelpreis für Chemie für das Jahr 1919 dem besonderen Fonds für die chemischen Brämiengruppen zuzuführen und die Verteilung des Nobel-Chemiepreises für 1920 auf nächstes Jahr zu verschieben.

Welt- und Volkswirtschaft.

Der Stand der Mark.

Die nachstehende Tabelle besagt, wieviel Mark für 100 Gulden, 100 dänische, schwedische, norwegische, österreichische, ungarische oder tschechische Kronen, 100 Schweizerische, belgische und französische Frank 100 italienische Lire, sowie für 1 Dollar und 1 Pfund Sterling gezahlt wurden. („Brief“ = angeboten; „Geld“ = gekauft.)

Vorsenplätze	20. 11.	19. 11.	Stand
	Geld/Brief	Geld/Brief	1. 8. 14
Holland . . . Gulden	2239,75/2244,25	2217,75/2222,25	170 Wt.
Dänemark . . . Kronen	991,50/993,50	976.—/976.—	112 .
Schweden . . . Kronen	1411,05/1413,95	1418,55/1421,45	112 .
Norwegen . . . Kronen	934.—/936.—	974.—/976.—	112 .
Schweiz . . . Frank	1152,30/1154,70	1150,30/1153,70	72 .
Amerika . . . Dollar	73,67/73,88	74,17/74,38	4,40 .
England . . . Pfund	255,70/256,80	257,70/258,80	20,20 .
Frankreich . . . Frank	447,15/447,95	450,55/450,45	80 .
Belgien . . . Frank	474,50/475,50	477.—/478.—	80 .
Italien . . . Lire	277,50/277,80	274,70/275,30	80 .
O.-Österreich . . . Kronen	20,97/21,03	20,97/21,03	85 .
Ungarn . . . Kronen	14,10/14,14%	14,48/14,52	85 .
Tschechien . . . Kronen	86,90/87,10	86,90/87,10	85 .

* Rückgang der englischen Kohlenpreise. Aus London erhalten die Hamburger Kohleninteressenten die Nachricht, daß die Preise für englische Kohle stark im Fallen sind. Es werden Angebote gemacht, die um 33% niedriger sind als vor dem englischen Kohlenarbeiterstreik.

* Schärfere Erassung des Safer. Offizide wird getarnt: Von zahlreichen Seiten kommen Klagen über die schlechte Andienung von Safer. In den Großstädten droht die Versorgung der gewerblichen Werke mit Safer ins Stocken zu geraten. Auch die Versorgung der Bevölkerung mit Halernährmitteln erscheint gefährdet. Eine baldige Verringerung der Saferlieferungen, insbesondere auch der Abgaben auf die „Bezugscheine“ ist daher dringend nötig. Es werden zurzeit schärfere Maßnahmen zur Erassung des Safer erogen; wie verlautet, kommt dabei in erster Linie in Betracht, eine Mindestablieferungspflicht an Safer für die Landwirte festzusetzen.

Arbeiter und Angestellte.

Berlin. Tarifabschluß im Buchdruckgewerbe. Nach vierwöchigen Tarifverhandlungen im Deutschen Buchdruckgewerbe haben sich die Vertreter beider Parteien verständigt. Die Tarifgemeinschaft der Deutschen Buchdrucker ist erneuert worden. Ein neuer Lohnstarb für die Gehilfenchaft, verbunden mit einem Reichstarb für Hilfsarbeiter und Hilfsarbeiterinnen, ist für die Dauer von zwei Jahren am Abschluß gekommen.

Düsseldorf. (Buchdruckerstreik.) Die Buchdrucker im Düsseldorf Zeitungsgewerbe sind wegen Lohnforderungen in den Ausstand getreten. Die bürgerlichen Zeitungen können nicht erscheinen, während die beiden sozialdemokratischen Blätter, die den Lohnforderungen der Arbeiter nachgegeben sind, weiter erscheinen.

Neueste Meldungen.

Zur Sicherung der Getreideversorgung. Berlin. Die Reichsgetreidekasse hat bis Mitte November, also in den ersten drei Monaten dieses Wirtschaftsjahres, eine Million Tonnen Auslandsgetreide aufgekauft. Damit ist die Hälfte des für die Brotversorgung dieses Wirtschaftsjahres benötigten Auslandsgetreides bereits gesichert.

Die Abfindungsfrage in Gotha. Jena. Die Gothaer Regierung hatte gegen das Urteil des Landgerichts Weimars in der Klage des ehemaligen Herzogs gegen den Staat Gotha wegen Enteignung des herzoglichen Vermögens, wonach der Streitfall auf dem Reichswege zum Ausstrag zu bringen sei, beim Thüringischen Obergericht in Jena Berufung eingelegt. Das Senatsgericht hat die Berufung verworfen.

Die Finanzen des Völkerverbundes. Genf. Die Kommission, die sich mit der Organisation des Sekretariats und mit den Finanzen des Völkerverbundes beschäftigt hat, stellte die Forderung auf, daß in der Verwaltung des Völkerverbundes die strengste Sparmaßnahme getroffen müsse, und beschloß ferner, daß alle Kationen des Völkerverbundes im Sekretariat vertreten sein sollen. Die dritte Kommission beschloß, behufs Verteilung der Kosten des Völkerverbundes auf die Staaten ein Gutachten des in Madrid tagenden Völkerverbundes einzuholen.

Lloyd George und Deutschland. London. Lloyd George erklärte im Unterhause auf die Anfrage, ob eine Versicherung abgegeben werden könne, daß, wenn Deutschland einen Antrag auf Aufnahme zum Völkerverbund stelle, die britische Regierung diesen Antrag unterstützen würde, die britische Regierung wolle nichts davon, daß ein solcher Antrag an sie gerichtet würde.

Absagung des Erzbischofs von Athen. Athen. Erzbischof Meletios von Athen soll abgesetzt und durch Theodoros ersetzt worden sein, welcher, wie bekannt, Venizelos mit Kirchenbann belegt hatte. Es wird berichtet, daß die Regierung das Bildnis König Konstantin in den Ministerien und in den Klubzimmern der Gerichte habe aufgehängt lassen. In der Belegung von Beamtenstellen sollen zahlreiche und wichtige Veränderungen vorgenommen worden sein.

Letzte Drahtberichte

des „Wilsdruffer Tageblattes“.

Italien benötigt deutsche Waren.

Frankfurt a. M., 22. November. (tu.) Aus Triest wird der Frankfurter Zeitung gemeldet: Die italienische Regierung hat der Reparationskommission mitgeteilt, daß sie geneigt wäre, von Deutschland unter dem Titel der Reparation weitere bedeutende Quantitäten von Garmaterialien, chemischen Produkten, pharmazeutischen Mitteln und Holz, ferner verschiedene Fabrikate anzunehmen,

sobald Deutschland in der Lage sein sollte, entsprechende Mengen abzugeben. Zum Zwecke der Abrechnung der erhaltenen Waren soll eine italienische Kommission unter Vorsitz des Schachmeisters errichtet werden, der es auch obliegt, festzustellen, welche Waren und Mengen jeweils benötigt werden.

Die Offiziersvereinigung gegen das neue Wehrgesetz.

Berlin, 22. November. (tu.) In einer Kundgebung lehnte die Offiziersvereinigung der deutschen Republik den Entwurf eines neuen Wehrgesetzes, der die Reichswehrangehörigen sowohl vom aktiven wie passiven Wahlrecht vom Reichstag, Landtag und den Gemeindevertretern ausschließt, ab.

Der Belgier Huysmann vor den Funktionären der SPD. in Berlin.

Berlin, 22. November. (tu.) Am gestrigen Sonntag mittag sprach der Sekretär der 2. Internationale, der Belgier Camillo Huysmann vor den Funktionären der SPD. Berlin. Er sagte, daß es in seiner Heimat großen Unwillen erregt habe, als er zum ersten Male nach dem Kriege während der Tagung in Basel 1919 vor deutschen Hören gesprochen hatte. Heute, da er als erster Belgier in einer deutschen Volksversammlung auftritt, würde es kein Aufsehen mehr erregen, da in Belgien der Internationalismus wieder Boden gefast habe. Der Redner ging dann auf die föderalistisch aufgebaute 2. Internationale ein, streifte kurz die Entwicklung der sozialistischen Parteien und bedauerte es, daß man bis zum Ausbruch des Krieges kein Mittel gefunden hatte, den Krieg zu verhindern. Vom Bolschewismus sagte er, daß dieser nur vom Kriege lebe. Deshalb müsse ihm der Frieden aufgezwungen werden, weil er am Frieden sterben müsse. Wenn Lenin verschwinde, so bleibe nichts von der 3. Internationale übrig. Mit einem Hoch auf die 2. Internationale wurde die Kundgebung geschlossen.

Aus Stadt und Land.

Wilsdruff, am 22. November 1920.

Reichsrecht bricht Landesrecht.

Wiedereinführung des Religionsunterrichts.

In dem Streit zwischen der Reichsregierung und dem Freistaat Sachsen über die Frage der Erteilung von Religionsunterricht an den Volksschulen hat das Reichsgericht dahin entschieden, daß die Bestimmung des sächsischen Übergangs-Schulgesetzes vom 22. Juli 1920, wonach künftig in den staatlichen Volksschulen kein Religionsunterricht mehr erteilt werden soll, mit den Vorschriften der Reichsverfassung in Widerspruch steht. In gleicher Weise hat das Reichsgericht auch die Bestimmungen der Arbeiter- und Soldatenräte in Hamburg und Bremen, durch die der Wegfall des Religionsunterrichts in allen staatlichen Schulen vom Januar 1919 ab angeordnet ist, als mit der Reichsverfassung unvereinbar erklärt. Da nach Artikel 13 der Reichsverfassung Reichsrecht Landesrecht bricht, steht durch diese mit Gesetzeskraft ausgestattete Entscheidung des Reichsgerichts endgültig fest, daß die landesgesetzlichen Bestimmungen in Sachsen, Hamburg und Bremen über die gänzliche Abschaffung des Religionsunterrichts mit dem Inkrafttreten der Reichsverfassung ihre Wirksamkeit verloren haben, und daß nuncmehr in diesen Ländern der Religionsunterricht als ordentliches Lehrfach in den Schulen gemäß Artikel 140 der Reichsverfassung eingeführt oder aufrechterhalten werden muß.

Der gestrige Totensonntag trug in seinem Verlauf ein der Bedeutung des Tages durchaus entsprechendes würdiges Gepräge. Der Besuch in unserm Gotteshaus war wie stets an diesem Tage ein starker, und draußen auf den Friedhöfen hatten tausend Hände dafür gesorgt, durch Schmuck von Blumen, Immergrün und Kränzen einen letzten Schimmer von Sommer und Leben auf die vom Herbst bereits arg zerzausten, von Naurerf weiß bemalten Hügel zu zaubern. Fast an jedem Grabe sah man Angehörige der Entschlafenen; auch die wenig ansprechende Witterung hatte niemanden davon abgehalten, seinem Toten die letzte Ehre zu erweisen. Gerade in der heutigen Zeit, der Armut an Idealen und Selbstwerten vorgeworfen wird, wirkt es tröstend, zu sehen, wie trotz der wirtschaftlichen Bedrängnis aller unserer Volksteile selbst die Armen der Armen noch mit heiserer Liebe an dem alterwürdigen Brauch hängen, auf den Hügel, der vielleicht den letzten Angehörigen des Toten, Blumen zu tragen und sei er auch noch so bescheiden. Ein Volk, das seine Toten auch sichtbar ehrt, ist gesund und muß wieder aufsteigen.

Einberufung des neuen Landtages. Das Gesamtministerium hat beschlossen, auf Grund von § 8 der neuen Verfassung den Landtag auf Dienstag den 7. Dez. einzuberufen.

Die Feier des 80-jährigen Bestehens begeht morgen abend der hiesige Gewerbeverein durch Konzert, Theater und Ball im Saale des „Löwen“.

Die Ortsgruppe Wilsdruff vom Einheitsverband der Kriegsschädigten Deutschlands (Gruppe A, Kriegsschädigte und Abteilung B, Hinterbliebene) hielt gestern ihre Jahreshauptversammlung in der „Lohnhalle“ ab. Die Versammlung war gut besucht. Der Verein zählt jetzt 94 Mitglieder, die Hinterbliebenen 40. Als 1. Vorsitzender wurde Kamerad Johannes Dreuer, als 1. Schriftführer Jostinger, als Kassierer Wilhelm, stellv. Vorsitzender Siegert, stellv. Kassierer Poppe, stellv. Schriftführer Pießsch, Beisitzer Börner und Geißler, Kassensortoren Junge und Sohr gewählt.

Die Bekanntgabe des amtlichen Wahlergebnisses wird erst am Donnerstag den 25. d. M. erfolgen. In der am Sonnabend in Dresden abgehaltenen Sitzung der Kreiswahlkommission und des Landeswahlkommissars sind nur die Streitfragen bezüglich der Gültigkeit einzelner Wahlergebnisse und Wahlstimmen erörtert und entschieden worden.

Urkundenbeglaubigung für Amerika. Für jede zum Gebrauch in den Vereinigten Staaten von Amerika bestimmte Beglaubigung werden von dem dafür zur Zeit noch zuständigen Spanischen Konsulat in Dresden 2 Dollar zum deutschen Tagesturse als Gebühr erhoben. Für Rinderbeweise können, wie wir hören, Beglaubigungen jedoch auch gebührenfrei erfolgen.

Neuer Telegrammtarif. Eine neue Gebührentafel für Telegramme gilt vom 1. Dezember an. Infolge des gestiegenen Markwertes werden die Gebühren für das Wort nach dem europäischen Ausland meist von 10 bis 85 Wa.

erhöht. Es kostet dann nach Belgien 60 Bfg., Bulgarien 115, Dänemark 60, Estland 185, Finnland 100, Frankreich 70, Griechenland 150, Großbritannien 125, Italien 85, Jugoslawien 100, den Niederlanden 80, Norwegen 80, Polen 70, Rumänien 100, Schweden 70, Schwetz 60, Spanien 100, der Türkei 220, Ungarn 85. Unverändert bleibt die inländische Gebühr mit 20 Bfg., die auch für Danzig, das Memelgebiet, die von den Polen besetzten Gebiete, Litauen, Deutschlitauen und die Tschechoslowakische Republik gilt. Telegramme nach Vitauen kosten nach wie vor 80 Bfg. nach Lettland 155 Bfg.

Auszahlung von Bargarzinsen bei Todesfall. Bargarzinsen eines Erblassers müssen von Banken, Sparkassen usw. angemeldet und dürfen frühestens eine Woche nach der Anmeldung ausgezahlt werden. So soll verhindert werden, daß Vermögensstücke dem Zugriff der Steuerbehörde entzogen werden. Die Einhaltung der Sperrfrist kann aber zu schweren Schädigungen der Familie oder des Unternehmers führen, daß der Erblasser betrieben hat. Der Reichsminister der Finanzen hat deshalb zugelassen, daß bis 3000 Mark in jedem Falle ausgezahlt werden. Eine Auszahlung vor Ablauf der Sperrfrist ist auch für die Fortsetzung von Abhebungen, die zu Lebzeiten des Erblassers üblich waren, zulässig. Regelmäßige Abhebungen für Familie, Geschäft oder Schuldenlasten können weiter erfolgen. Eine Prüfung des Zweckes der Abhebung ist nicht nötig. Auszahlungen dürfen ferner zur Abwendung eines glaubhaft gemachten Notstandes erfolgen. Endlich kann das Finanzamt eine vorzeitige Auszahlung genehmigen, wenn es eine Beschloßnahme nicht für erforderlich hält. Anträgen ist mit Beschleunigung zu entsprechen.

Wohren. Am Donnerstag abend konzertierte im hiesigen Gasthof wieder einmal mit einem Dresdner Orchester ein junger, vielversprechender Dirigent: Oswin Jäpel. Schon die Auswahl der Programmnummern zeigte Geschmack und das Bestreben, den im Uebermaß vorhandenen schlechten Musikstücken auszuweichen. Die temperamentvolle Stabführung Jäpels bewies Präzision und Schule und verhalf dem Orchester zu ausgezeichneten Wirkungen.

Dederan. Föblich verunglückt ist Freitag morgen auf dem hiesigen Bahnhof, jedenfalls durch vorzeitiges Aussteigen, ein in Freiberg wohnhafter Weber.

Böbeln. Sonnabend früh gegen 6 Uhr brach im Dachgeschoss des Brauereirestaurants Gambirius am Riedermarkt Feuer aus. Das Haus wurde durch den Brand und durch Einstößen des gefährdenden Viehels zerföhrt. Bei den Löscharbeiten wurden vier Feuerwehrleute durch den Einsturz einer Lehndede des zweiten Geschosses teilweise veresöhrt. Der 48 Jahre alte Tapezierermeister Paul Rißke wurde von den Schuttmassen getötet, die anderen blieben unverletzt. Die Entstehungursache des Feuers ist unbekannt.

Bischofswerda. In der Nacht zum Mittwoch gegen 1/2 Uhr wurde auf dem Wege von Bischofswerda nach Durlau, etwa 300 Meter hinter dem unterhalb des Butterberges gelegenen Waldhause, ein Former aus Durlau von drei Unbekannten angefallen. Der Ueberfallene wurde zu Boden geworfen, die Hände geknebelt und die in seinem Besitz befindliche Geldtasche mit 200 Mark geraubt. Einer der Unbekannten hatte den Ueberfallenen noch mit dem Messer zu stechen versucht, doch wurde der Stuch durch die Joppe und Weste aufgehalten.

Zittau. Bei einer in letzter Zeit durchgeführten Untersuchung von 10623 Schulkindern des amtschulmännerschaftlichen Bezirks Zittau konnten nur 22 Prozent (2333) dieser Kinder als ausreichend oder nahezu aus-

reichend ernährt angesehen werden. 36 Prozent (4040) waren leicht und 34 Prozent (3699) ausgesprochen unterernährt. Ueberschwer unterernährte Kinder, die sich in einem bedenklichen Zustande befinden, hervorgerufen durch eine längere Periode der Unterernährung, mußten 6 Prozent (651) angesehen werden.

Hohenstein-Grauthal. Ein „Geist“ machte seit einiger Zeit in Gersdorf von sich reden. Einige Bergarbeiter, denen der Geist eines Abends auch begegnete, zeigten für derlei „übernatürliche“ Geschehnisse aber wenig Verständnis, ergriffen den „Geist“, der sich als ein Einwohner R. entpuppte, und prügeln ihn nach allen Regeln der Kunst durch. Seit diesem Abend ist der „Geist“ nicht mehr zu sehen.

Hohenstein-Gr. Einen bösen Reinfall erlebte ein Landwirt aus einem Nachbardorfe, der einen Zentner Getreide für 600 Mk. an einen Fremden verkauft hat, der das Getreide auf der „Roge“ in Empfang nehmen und im Auto abfahren wollte. Der Landwirt lieferte das Getreide auch ab. Der Empfänger verschwand aber plötzlich im Auto mit dem Getreide, ohne an Bezahlung zu denken.

Crimmitschau. Kürzlich erhielt ein hiesiger Einwohner ein anonymes Schreiben, in welchem 300 000 Mk. verlangt wurden, andernfalls die „Schwarze Hand“ rüchend eingreifen werde. Der Polizei gelang es nach verhältnismäßig kurzer Zeit, den Erpresser ausfindig zu machen und zwar in Gestalt eines — 12jährigen Schulknaben.

Reudorf. Einen eigenartigen Wahlscherz leistete sich ein hiesiger Einwohner am Wahltage, indem er nebst einigen Spottversen einen Zehnmarkschein in den Briefumschlag steckte und diesen dazu bestimmte, daß die mit der Wahlarbeit Beschäftigten dafür ihren Durst löschten. Was dann auch geschehen ist.

Sitzung des Bezirksausschusses der Amtshauptmannschaft Meißen

am Montag den 15. November vormittags 1/2 9 Uhr.

In seiner letzten Sitzung hatte sich der Bezirksausschuss bereits mit Einführung einer Grundsteuer des Bezirksverbandes für die selbständigen Gutsbezirke befaßt. Wie Amtshauptmann Dr. Sievert hierzu berichtete, haben die inzwischen vorgenommenen Berechnungen ergeben, daß der Bezirk Meißen auskommen wird, wenn er an Grundsteuer einen gleichmäßigen Zuschlag in Höhe von 20 Bfg. auf die staatliche Grundsteuererhebung erhebt. Die Grundsteuer tritt mit Wirkung vom 1. April 1920 in Kraft. Der bereits vorliegende Entwurf wird der Bezirksversammlung zur Genehmigung empfohlen.

Alsdann berichtete der Amtshauptmann, daß sich auf Grund gesetzlicher Bestimmungen (§ 69 des Landessteuergesetzes nach § 4, Absatz 3 des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz) die Abänderung des Voranschlags für die Bezirksverwaltung der Amtshauptmannschaft Meißen auf das Rechnungsjahr 1920/21 nötig mache. Da man zunächst damit rechnen müsse, daß die Erwerbslosenunterstützung den Bezirk für lange Zeit laufend belasten werde, sei es jedenfalls empfehlenswert, die Kosten der Erwerbslosenunterstützung nicht auf Darlehne zu nehmen, sondern je weilig aus laufenden Mitteln zu bestreiten. Die den Bezirk treffenden Aufwendungen bis 31. März 1920 würden sich voraussichtlich auf 395 000 Mark stellen. Um

sie zu decken, mache sich die vom Bezirksausschuss zunächst ausgelegte Einhebung des 2. Terms der Bezirkssteuer nötig. Dabei werde zu berücksichtigen sein, daß nach § 4 Absatz 3 des Vollzugsgesetzes zum Landessteuergesetz für die Berechnung der Bezirkssteuer nicht, wie bisher im Haushaltsplan vorgesehen, die Staatssteuern des Jahres 1919, sondern des Jahres 1918 zugrunde zu legen sind. Der Amtshauptmann berichtete dann noch im einzelnen über die Abänderungen, die sich im Haushaltsplane bei Genehmigung seiner Vorschläge nötig machten. Der Bezirksausschuss beschloß einstimmig, der Bezirksversammlung zu empfehlen, die Abänderung des Voranschlags zu genehmigen und die Kosten der Erwerbslosenunterstützung bis auf weiteres aus laufenden Mitteln zu decken.

Die in der Hauptsache aus freiwilligen Beiträgen und milden Stiftungen unterhaltene Kinderheilanstalt Dresden ist erneut mit der Bitte um Bewilligung einer Unterstützung an den Bezirk herangetreten. Wie alle Krankenhäuser, hat auch die Kinderheilanstalt mit erheblichen Fehlbeträgen zu rechnen, der sich für das Jahr 1920 auf etwa 850 000 Mark stellt. Da die Stadt Dresden sich herbeierklärt hat, unter der Bedingung 70% des Fehlbetrages zu übernehmen, daß die beteiligten Bezirksverbände den Restfahbetrag decken, hat sich der Bezirk Meißen-Land schlüssig zu machen, ob er den auf ihn entfallenden Anteil am Fehlbetrag (2% von 350 000 Mark, das sind 7 000 Mark, für jedes der nächsten drei Rechnungsjahre) übernimmt. Der Amtshauptmann und sämtliche Redner traten für die Bewilligung der Beiträge ein. Der Bezirksversammlung soll die Bewilligung vorgeschlagen werden.

Zu einer Eingabe des Saaliner Vereins Meißen und Umgegend gegen die weitere Erhöhung der Langsteuer des Bezirksverbandes Meißen-Land, wie sie vom Bezirksausschuss im Oktober beschloffen worden ist, bemerkte der Referent, Regierungsrat Dr. Falk, daß die neuen Sätze keineswegs über die Sätze hinausgehen, die von den Bezirksverbänden anderer Amtshauptmannschaften bereits erhoben werden. Es wurde einstimmig beschloffen, die Eingabe auf sich beruhen zu lassen, an der bisherigen Verschließung festzuhalten und der Bezirksversammlung die erhöhte Langsteuer zur Genehmigung zu empfehlen.

Der Bezirksausschuss hatte bereits in seiner vorigen Sitzung über Maßnahmen zur Förderung der produktiven Erwerbslosenunterstützung und Bereitstellung von Bezirksmitteln hierzu beraten. Die auf Veranlassung der Amtshauptmannschaft inzwischen eingereichten Besuche der Gemeindeführer haben sich auf Begehrsummen von über 1 Million Mark. Die Besuche werden unter Zugiehung der Amtsträgermeister noch näher geprüft werden.

Im Anschluß hieran trat Stadtrat Schlömann unter Hinweis auf das Vorgehen der Stadt Dresden für Verbilligung der Lebensmittel an Erwerbslose ein und erhielt dabei vom Amtshauptmann die Zusage, daß das Verfahren, wie es schon bisher im hiesigen Bezirk zugunsten der Erwerbslosen und vor allem der nicht minder bedürftigen Kleinrentner geübt worden sei, fortgesetzt werden solle, soweit es die Finanzen des Bezirkes gestatten.

Ein Beschluß des Pflegeausschusses des Pflegebezirks Meißen-Land, in der Lungenabteilung Arnsdorf gemeinsam mit dem Pflegebezirk der Stadt Wilsdruff ein Bett dauernd zu belegen, wird der Bezirksversammlung auf Vorschlag des Geschäftsführers Schausch zur Genehmigung empfohlen.

Zurückgekehrt vom Grabe meiner lieben Gattin und unserer lieben Mutter drängt es uns, für die herzliche Teilnahme durch Blumen-schmuck, Wort und Schrift

innigst zu danken.

Vor allem herzlichsten Dank allen lieben Verwandten, Nachbarn und Bekannten für das freundliche letzte Geleit. Besonderen Dank Herrn Pfarrer Wolke für seine zu Herzen gehenden Worte und Herrn Postmeister Moriz sowie dem gesamten Personal des hiesigen Postamts für das Geleit und den schönen Blumenschmuck.

Dir aber, liebe Mutter, rufen wir ein „Gute Nacht“ und „Auf Wiedersehen“ in die Ewigkeit nach.

Wilsdruff, am 21. November 1920.

In tiefer Trauer
Oberpostschaffner a. D.
Ernst Domann und Kinder.

Nur zwei Tage
Dienstag und Mittwoch im Gasthof Weiher
Ableer in Wilsdruff

Verkauf v. Gardinen

Künstlergardinen, Stores, Meterware und abgepaßt, Kongrestoff zum Sticken und für Gardinenzwecke, Bettdecken und Madrasgarnituren.

Hemdchen für Kinder von 2 bis 5 Jahren, 2 Stück 25 Mark. — Vogtländische Ware.

Albert Sannais, Oelsnik im Fogtl.

Gelbe Möhren, u. rote Möhren, Zwiebeln, Runkelrüben

empfiehlt

Alfred Jäpel, Wilsdruff,
Charandter Str. 134 F II.,
Fernsprecher 544.

Verkauf täglich von 8—5 Uhr.
Lieferung frei Haus.

Guterhaltener

Jagdwagen, sowie ein starkes, 1jähr. belg. Fohlen

billigt in Gegenleistung zu verkaufen.

Angebote unter 788 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Pass. Weihnachtsgeschenk!
Mittelmantel, selbstg. Ulfster, Hosen, Joppen, Langschäfer, Schnürschuhe bei

Freiße, Dresden-Löbte.,
Grumbacher Straße 20.

Bei Husten! Heiserkeit!
Verstärkung gebrauchte man nur Dr. Busch's desill. Hustentropfen. Zu haben: Drogerie Paul Kleysch.

Dörrgemüse u. Suppenmehl
kauft

G. M. Trepte, Namenz. Sa.

Für die freundlichen Glück- und Segenswünsche und die uns dargebrachten wertvollen Geschenke zu unserer Silberhochzeit

danken wir allen recht herzlich.

Auch meinen lieben Sangesbrüdern sei für ihre Aufmerksamkeit hiermit herzlichst gedankt.

Limbach, am 17. November 1920.

Emil Meyler u. Frau Martha geb. Wegerdt.

Adreßbuch
der Landgemeinden und selbständigen Gutsbezirke in der Amtshauptmannschaft Meißen einschließlich der Städte Riesa, Jomnitz, Wilsdruff, Siebenlehn

Preis 20 Mark.

Wieder zu haben in der
Buchdruckerei Arthur Zschunke, Wilsdruff.

Ordentliche

Hausmagd

die melken und Schweine füttern kann, für Neujahr gesucht.

Angebote unter 772 an die Geschäftsstelle d. Bl. erbeten.

Hund entlaufen
(weiß- und schwarzschwarz, auf einem Auge blind) auf dem Wege von Rößelsdorf bis Allendorf. Gegen Belohnung abgegeben bei **Bruno Gebauer, Allendorf.**

Prächtiges Harmonium
äußerst preiswert zu verkaufen.

Stolzenberg, Dresden,
Johann-Georgen-Allee 18.

Geschäftskauf oder Beteiligung
gleich welcher Branche, sucht erfahrener, Kapitalkräft. Kaufmann Angebote unter 785 an die Geschäftsst. d. Bl. erbeten

Verzweifelte Frauen bringe ich

+ Rettung +
bei Ausbleiben der monatlichen Regel oder Blutstörung.

Garantiert un- schädlich Erfolg
in 1—2 Tagen durch mein rapide, schnell u. sicher wirkendes **Spezialmittel Frauenglück.**

Unbedingter Erfolg auch in älteren Fällen.

Befehlen Sie meine Spezialmittel sofort, damit Sie wieder gesund werden u. Sie Ihre Regel wieder bekommen. Schmerzlos u. ohne Verunsicherung. Schmecker u. direkt Versand.

+ Frau Schmidt, +
Hamburg 148,
Raiser-Wilhelm-Straße 41.